



Protokoll der 2. Sitzung des Einwohnerrates

vom 21. August 2024, 17.00 Uhr, im Landratssaal

- Anwesend:** 37 Mitglieder
- Entschuldigt:** Ratsmitglieder Patrick Mägli (SP) und Patrick Schäfli (SVP)
- Abwesend:** Werner Fischer (FDP)

Traktanden	Laufnummer
1. Protokolle der Ratssitzungen vom 26.06.2024 und 01.07.2024 <i>://: Die Protokolle der letzten zwei Sitzungen werden genehmigt.</i>	-
2. Parkhaus Altstadtblick – Ausgabenbeschluss im Zusammenhang mit einem Mietvertrag zum Betrieb eines öffentlichen Parkhauses in der Überbauung Altstadtblick (vormals Lüdin-Areal) <i>://: Mit 23 Ja-Stimmen wird die Vorlage an die BPK zur Vorberatung überwiesen. Auf den Antrag der Grünen Fraktion für eine Überweisung der Vorlage an die FIKO entfallen 14 Stimmen.</i>	2024-227
3. Sport- und Volksbad Gitterli AG: Betriebskostenbeitrag für die Jahre 2025-2027; Erneuerung nachrangiges Darlehen; Bericht Stadtrat zu Postulat der Finanzkommission (FIKO) «Wie würde ein Plan B für die Sport- und Volksbad Gitterli AG aussehen?» <i>://: Einstimmig wird die Vorlage an die FIKO zur Vorberatung überwiesen.</i>	2024-6 2021-77a
4. Velostation am Bahnhof Liestal, Nachtragskredit <i>://: Die Vorlage wird einstimmig an die BPK zur Vorberatung überwiesen.</i>	2024-7
5. Geschäftsreglement für den Einwohnerrat, Teilrevision 2024 <i>://: Einstimmig beschliesst der Rat die Teilrevision des Geschäftsreglementes für den Einwohnerrat mit den zuvor beschlossenen Änderungen und setzt diese rückwirkend auf den 1. Juli 2024 in Kraft. ://: Einstimmig werden die Verfahrenspostulate Nr. 2024-215.1 bis Nr. 2024-2015.11 als erfüllt abgeschrieben.</i>	2024-215 2024-215a
6. Fragestunde <i>In der Fragestunde werden vom Stadtrat 12 Fragen beantwortet.</i>	-
7. Gefahrenbeseitigung Bahnunterführung – Schriftliche Antwort Stadtrat zu Interpellation betreffend Gefahrenbeseitigung in der Bahnunterführung von Thomas Eugster namens der FDP-Fraktion <i>://: Die Interpellation betreffend Gefahrenbeseitigung in der Bahnunterführung von Thomas Eugster namens der FDP-Fraktion wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i>	2024-216 2024-216a

6.

Fahrbahnverengungen Sichternstrasse – Schriftliche Antwort Stadtrat zu Interpellation betreffend Fahrbahnverengungen auf der Sichternstrasse von Thomas Eugster namens der FDP-Fraktion

://: Die Interpellation betreffend Fahrbahnverengungen auf der Sichternstrasse von Thomas Eugster namens der FDP-Fraktion wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.

2024-217
2024-217a
7.

Sicherheit Schulkinder auf Sichternstrasse – Bericht Stadtrat zu Postulat «Mehr Sicherheit auf Sichternstrasse» von Philipp Franke, Sibylle Schenker und Michael Durrer namens der Grünen Fraktion

://: Der stadträtliche Bericht gemäss Vorlage Nr. 2023-195a wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

Das Postulat Nr. 2023-195 wird mit 29 Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen als erfüllt abgeschrieben.

2023-195
2023-195a
8.

Asylunterkunft – Interpellation «Asylunterkunft Liestal und die Sicherheitsbedenken der Bevölkerung» von Daniel Jurt der SVP-Fraktion

://: Die Interpellation «Asylunterkunft in Liestal und die Sicherheitsbedenken der Bevölkerung» von Daniel Jurt der SVP-Fraktion wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.

2024-221
9.

Spielplatz-Gestaltung Rotacker – Interpellation «Naturnahe Gestaltung und Entsigelung des Spielplatzes auf dem Schulareal Rotacker» von Natalie Oberholzer der Grünen Fraktion und Jacques Heller der SP-Fraktion

Vertagung wegen Zeitmangel.

2024-222
10.

Salzgewinnung Röserental – Interpellation «Salzgewinnung aus dem Röserental – geplante Sondierbohrung 2024 und weiteres Vorgehen» von Lukas Flüeler und Simone Burkhardt der Grünen Fraktion

Vertagung wegen Zeitmangel.

2024-223
11.

Sexualaufklärung – Interpellation «Sexualaufklärung und Schutz vor Diskriminierung» von Séverine Salathe der SP-Fraktion, Alexandra Muheim der SP-Fraktion, Verena Baumgartner der Grünen Fraktion sowie Eva Eugster der FDP-Fraktion

Vertagung wegen Zeitmangel.

2024-224
12.

Bestattungs- und Friedhofreglement – Motion «Anpassung des Bestattungs- und Friedhofreglementes» vom 01. August 2003» von Vreni Wunderlin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion

Vertagung wegen Zeitmangel.

2024-225
13.

Videoüberwachung Abfallstellen – Motion «Gesetzliche Grundlage betreffend Video-Überwachung von Abfallstellen» von Vreni Wunderlin der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion

Vertagung wegen Zeitmangel.

2024-226
14.

Gastronomiefreundliche Fasnacht - Bericht Stadtrat zu Postulat «Für eine gastronomiefreundliche Fasnacht» von Domenic Schneider der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion

Vertagung wegen Zeitmangel.

2023-168
2023-168a

15. Naturpark – Postulat «Beteiligung Liestals am Naturpark Baselbiet» 2024-228
von Anita Baumgartner und Lukas Flüeler der Grünen Fraktion, Dome-
nic Schneider und Benjamin Erni der GLP/EVP/Die Mitte-Fraktion so-
wie Jacques Heller der SP-Fraktion
Vertagung wegen Zeitmangel.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) heisst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie Medienvertreter und Gäste zur heutigen Sitzung willkommen.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) informiert über folgende Punkte:

- Stadträtin Pascale Meschberger muss die Sitzung um ca. 18.30 Uhr verlassen und deren Geschäfte werden dann durch Stadtrat Lukas Felix vertreten.
- Beim Gebrauch der Abstimmungsanlage ist darauf zu achten, dass das Mikrofon links vom Bildschirm benützt wird.
- Bezüglich der Beibehaltung der interfraktionellen Restaurant-Besuche im Anschluss an die Ratssitzungen werden die Fraktionsmeinungen bis zur nächsten Bürositzung eingeholt. Für die heutige Sitzung hat er nochmals das Restaurant Farnsburg angefragt. Vor der Pause wird er eine Umfrage machen und abklären, wer heute alles mitkommt.

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Die heutige Sitzung dauert bis ca. 20.00 Uhr und wird um ca. 18.30 Uhr durch eine Pause unterbrochen. Im Anschluss an die Pause findet die «Fragestunde» statt, welche von Vizepräsident Philipp Franke (GL) geleitet wird.
- Sibylle Schenker (GL) hat ihren Rücktritt per 31. August 2024 erklärt. Ihr Rücktrittsschreiben vom 5. Juli 2024 wird verlesen.

Neue persönliche Vorstösse

Gemäss gestriger E-Mail und Mitteilung des Ratsschreibers sind keine neuen Vorstösse eingereicht worden.

Stimmzähler*innen / Abstimmungsanlage

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) erklärt, dass nochmals darüber abzustimmen ist, ob an der heutigen Sitzung die Abstimmungsanlage benützt werden kann, da der Gebrauch derselben erst mit der Revision des ER-Geschäftsreglements gemäss Traktandum Nr. 5 rechtskräftig wird.

Ab sofort werden keine Stimmzähler mehr gewählt und diese gegebenenfalls bei Bedarf, wie bei einem Defekt der Abstimmungsanlage usw., durch das Ratspräsidium bestimmt.

Er lässt nun über den Antrag des Ratsbüros mit Handerheben abstimmen, dass bereits an der heutigen Sitzung die Abstimmungsanlage für die Auszählung der Stimmen verwendet werden darf und stellt fest, dass diesbezüglich keine Wortbegehren aus der Ratsmitte angemeldet werden.

://: Einstimmig stimmt der Rat dem Antrag des Ratsbüros zu, dass an der heutigen Sitzung die Auszählung der Stimmen mit der Abstimmungsanlage vorgenommen werden kann.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) möchte die Funktionstüchtigkeit der Abstimmungsanlage mit einer Abstimmung testen und stellt fest, dass trotz einigen erfolgreichen Testversuchen vorgängig der Sitzung zwei bis drei Bildschirme von Ratsmitgliedern ausgefallen sind und die Abstimmungsanlage nun leider nicht funktioniert.

Er möchte für die Problemsuche keine Zeit investieren und somit ist an der heutigen Sitzung mit den alten Stimmkarten oder Handerheben abzustimmen. Als Stimmzähler werden bestimmt:

- | | |
|-------------------------------|--|
| • Eva Eugster (FDP/Die Mitte) | zählt Seite SVP und GLP/EVP, Präsidium |
| • Florian Abt (SP) | zählt Seite FDP/Die Mitte |
| • Lukas Heinzelmann (SVP) | zählt Seite SP und Grüne |

Mitteilungen Stadtrat

Stadtpräsident Daniel Spinnler verweist auf die zwei Tischpapiere im Zusammenhang mit der Mitgliederwerbung «A22 unter den Boden» sowie das «Ergolzfescht vom 14. September 2024» in Lausen. Gemäss IG-Mitgliederliste wäre es schön, wenn sich noch einige Einwohnerratsmitglieder als Neumitglieder eintragen lassen würden. Auch wäre es schön, wenn der Rat zahlreich am 14. September 2024 an das Ergolzfescht in Lausen kommen würde.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Aus dem Rat werden keine Wortbegehren angemeldet, um eine persönliche Erklärung oder Fraktionserklärung abgeben zu können.

Traktandenliste

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass keine Wortbegehren zur Traktandenliste der heutigen Ratssitzung angemeldet werden.

://: Die Traktandenliste wird gemäss Einladungsschreiben vom 7. August 2024 einstimmig beschlossen.

1. Protokolle der Ratssitzungen vom 26.06.2024 und 01.07.2024

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) informiert darüber, dass das Büro die Genehmigung der beiden letzten Sitzungsprotokolle beantragt, da keine Änderungsanträge beim Büro eingegangen sind.

Er kann feststellen, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Protokolle der Ratssitzungen vom 26. Juni 2024 und 1. Juli 2024 werden vom Rat einstimmig genehmigt.

2. Parkhaus Altstadtblick – Ausgabenbeschluss im Zusammenhang mit einem Mietvertrag zum Betrieb eines öffentlichen Parkhauses in der Überbauung Altstadtblick (vormals Lüdin-Areal); Bericht und Antrag Stadtrat (Nr. 2024-227)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf die stadträtliche Vorlage unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat die Überweisung der stadträtlichen Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung vor.

Vreni Wunderlin (GLP) bemerkt, dass die GLP/EVP-Fraktion der Meinung ist, dass es sich hier um einen Mietvertrag bzw. um ein Finanzgeschäft handelt, weshalb man den Antrag für die Überweisung der Vorlage an die FIKO stellt.

Anita Baumgartner (GL) stellt namens der Grünen Fraktion den Antrag, dass die Vorlage an die BPK für die baulichen Fragen und auch an die FIKO für die Wirtschaftsfragen überwiesen werden soll.

Anja Weyeneth (SP) erklärt, dass die SP-Fraktion eine Überweisung an die BPK gemäss Büro-Antrag unterstützt. Es gibt noch einige bauliche Fragen bezüglich der Anzahl an Parkplätzen für Elektrofahrzeuge, für Frauen und für Behinderte sowie Zuständigkeit für den Lift zu klären. Die Finanzfragen können von der BPK sehr wohl auch beurteilt werden.

Simon Fluri (FDP) stellt namens der FDP/Mitte-Fraktion den Antrag, dass das Geschäft an die BPK überwiesen und die FIKO zu einem Mitbericht eingeladen wird.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) bittet die Antragsteller, ihre Anträge mit dem rosaroten Antragsformular einzureichen.

Lorenz Holinger (SVP) erklärt, dass seine Fraktion den Antrag und die Begründung der SP-Fraktion für eine Vorberatung durch die BPK unterstützen kann.

Domenic Schneider (GLP) votiert, dass man sich in der Vergangenheit doch immer wieder grosse Vorwürfe bezüglich den vertraglichen Situationen, den finanziellen Einflussmöglichkeiten im Zusammenhang mit den Festlegung der Parkgebühren usw. gefallen lassen musste. Dies soll nun dieses Mal verhindert werden und die Stadt Liestal soll den Lead und die Möglichkeiten haben, dass die Stadt Einfluss auf die finanziellen Belange rund um die neue Parksituation sowie Parkgebühren hat. Deshalb handelt es sich hier um ein Finanzgeschäft und nicht nur um ein Baugeschäft, weshalb man auch den FDP-Vorschlag unterstützt.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) kann nach Klärung der reglementarischen Situation betreffend dem FDP-Antrag für einen «Mitbericht» durch die FIKO darüber informieren, dass es im aktuellen Geschäftsreglement die Form des Mitberichtes so explizit nicht gibt, jedoch aber Geschäfte gemäss § 33 ER-Geschäftsreglement an mehrere Kommissionen überwiesen werden können.

Richard Gafner (FDP) zieht somit den FDP-Antrag zurück, da das Geschäftsreglement einen Mitbericht nicht zulässt. Somit stimmt man dem Antrag des Ratsbüros für eine Überweisung an die BPK zu.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) informiert, dass er nun über die verschiedenen Anträge abstimmen lässt, welche er aufführt.

Vreni Wunderlin (GLP) informiert, dass die GLP/EVP-Fraktion ihren Antrag zurückzieht und denjenigen der Grünen Fraktion für eine Überweisung an beide Kommissionen unterstützt.

Michael Durrer (GL) meint, dass sich nun doch mehrere Fraktionen für eine Vorberatung durch die BPK und auch die FIKO aussprechen. Die FIKO kann das Geschäft ja ohne riesigen Aufwand an einer Sitzung beraten und einen Kurzbericht machen.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und er nun über die beiden Anträge abstimmen lässt.

://: Auf den Antrag der Grünen Fraktion für die Überweisung der Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) und auch an die Finanzkommission (FIKO) entfallen 14 Ja-Stimmen.

Mehrheitlich wird mit 23 Ja-Stimmen dem Antrag des Ratsbüros für eine Überweisung der stadträtlichen Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) zugestimmt.

3. Sport- und Volksbad Gitterli AG: Betriebskostenbeitrag für die Jahre 2025-2027; Erneuerung nachrangiges Darlehen; Bericht Stadtrat zu Postulat der Finanzkommission (FIKO) «Wie würde ein Plan B für die Sport- und Volksbad Gitterli AG aussehen?» (Nr. 2024-6, Nr. 2021-77a)

Vize-Präsident Philipp Franke (GL) informiert darüber, dass bei diesem Geschäft Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) als Verwaltungsratsmitglied der Sport- und Volksbad Gitterli AG in den Ausstand treten muss und er deshalb die Sitzung bei diesem Traktandum leiten wird. Er stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist. Das Büro schlägt dem Rat die Überweisung der stadträtlichen Vorlage Nr. 2024-6 an die Finanzkommission (FIKO) zur Vorberatung vor.

Domenic Schneider (GLP) dankt namens der GLP/EVP-Fraktion für die umfangreichen Unterlagen der stadträtlichen Vorlage und informiert darüber, dass man der FIKO-Vorberatung zustimmen wird.

Anita Baumgartner (GL) erklärt, auch die Grüne Fraktion wird den Antrag des Ratsbüros unterstützen. Auch bedankt man sich für die stadträtlichen Bemühungen, damit der Betriebskostenbeitrag ab nächstem Jahr reduziert werden kann, was ja auch ein Bestandteil der Aufgabenüberprüfung ist. Auch nimmt man von der Darlehensrückzahlungsverschiebung Kenntnis, denn damit sind auch Investitionen zu Gunsten einer Reduktion des CO₂-Ausstosses möglich. Gleichzeitig vermisst man aber etwas das Bekenntnis vom Gitterlibad zur Netto-Null-Zielerreichung, was von der FIKO sicher noch thematisiert werden kann. Auch sind die Ausführungen in der Leistungsvereinbarung betreffend dem Leistungsangebot doch ziemlich unkonkret formuliert.

Alexandra Muheim (SP) gibt bekannt, dass auch die SP-Fraktion die Überweisung an die FIKO unterstützen wird.

Roger Ballmer (FDP) erklärt, dass die FDP/Mitte-Fraktion der FIKO-Vorberatung zustimmen wird. Erfreut nimmt man zur Kenntnis, dass die Beitragserhöhungen durch die Nachbargemeinden zu einer Entlastung des Liestaler-Beitrages führt. Auch sieht man eine umsichtige Geschäftsführung, denn das Gitterlibad ist kein Selbstläufer. Eine genauere Betrachtung erfolgt bei der Vorberatung durch die FIKO.

Markus Rudin (SVP) informiert, dass es sich hier um ein klares Finanzgeschäft handelt, weshalb man der Überweisung an die FIKO ebenfalls zustimmen wird.

Vize-Präsident Philipp Franke (GL) stellt nach Umfrage fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Die Vorlage Nr. 2024-6 wird einstimmig an Finanzkommission (FIKO) zur Vorberatung überwiesen.

4. Velostation am Bahnhof Liestal, Nachtragskredit (Nr. 2024-7)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf die stadträtliche Vorlage unbestritten ist.

Das Büro schlägt dem Rat die Überweisung der stadträtlichen Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung vor.

Peter Küng (SP) erklärt, dass die SP-Fraktion den Büro-Antrag unterstützen wird.

Simon Fluri (FDP) merkt an, dass das Projekt „Velostation“ sich dem Ende entgegen neigt und wie so oft kommen dann Nachforderungen von einem Unternehmen auf den Tisch, was natürlich nicht schön ist. Es ist enorm wichtig, dass sich die BPK darüber Gedanken macht, ob der Nachtragskredit unvorhersehbar und unvermeidlich ist. Oder ist dieser auf andere Gegebenheiten oder gar Sonderwünsche zurückzuführen? Es ist wichtig, dass die Nachträge von der Verwaltung und allen Involvierten nahe begleitet und bewirtschaftet werden. Die FDP/Mitte-Fraktion stimmt der Überweisung an die BPK zu.

Vreni Wunderlin (GLP) meint als GLP/EVP-Sprecherin, dass es sich ja noch zeigen wird, wie die Endkostenprognose schlussendlich effektiv ausfallen wird. Der Überweisung der Vorlage an die BPK wird man zustimmen.

Markus Hügin (SVP) hält fest, dass auch die SVP-Fraktion eine Vorberatung durch die BPK unterstützt.

Stadträtin Marie-Theres Beeler findet es ebenfalls wichtig, dass man bei der Kommissionsberatung genau anschaut, was die Mehrkosten verursachte und wo Abweichungen zum beschlossenen Kredit vorhanden sind.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Die Vorlage Nr. 2024-7 wird einstimmig an Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.

5. Geschäftsreglement für den Einwohnerrat, Teilrevision 2024 (Nr. 2024-215)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Er fasst den Bericht und Antrag des Ratsbüros gemäss Vorlage Nr. 2024-215a kurz zusammen: Die Vorlage basiert auf insgesamt 13 Verfahrenspostulaten, welche im Zusammenhang mit der diesjährigen Reglements-Teilrevision eingereicht wurden. Das Verfahrenspostulat Nr. 2024-215.13 ist vom Büro zurückgestellt worden und bleibt quasi auf der Pendenzenliste für eine spätere Reglementsrevision. Das heisst, dass in der Vorlage Nr. 2024-215a des Ratsbüros die verbleibenden 11 Verfahrenspostulate mit einer synoptischen Darstellung und einem Mitbericht thematisiert werden. Zusätzlich sind vom Büro nebst den Verfahrenspostulaten noch 3 kleinere Anpassungen eingebracht worden, welche vom Büro am Schluss der Vorlage begründet werden. Auf die einzelnen Paragraphen wird er anschliessend bei der Detailberatung noch eingehen.

Zuallererst möchten sich nun die Fraktionssprecher gesamthaft zur Teilrevision äussern. Anschliessend können sich die Einzelsprecher zu Wort melden. Anschliessend wird in der Detailberatung jede Reglementsänderung einzeln durchgegangen. Die Änderungsanträge sind mit dem rosaroten Formular einzureichen und können dann noch mündlich begründet werden.

Eva Eugster (FDP) legt als Sprecherin der FDP/Mitte-Fraktion dar, dass man die unterbreiteten Vorschläge des Büros sehr gut finde und man die vorgeschlagenen Reglementsänderungen übernehmen wird, da damit die Verständlichkeit und Klarheit viel besser wird. Ihre Fraktion stimmt allen Vorschlägen und Änderung des Ratsbüros zu.

Lukas Heinzelmann (SVP) unterstützt als SVP-Fraktionssprecher das Votum der Vorrednerin und informiert darüber, dass von seiner Fraktion ebenfalls keine Änderungsanträge eingereicht werden.

Bernhard Bonjour (SP) hält als Sprecher der SP-Fraktion fest, dass im Zusammenhang mit der Gesamtrevision des einwohnerrätlichen Geschäftsreglementes vor vier Jahren gesagt wurde, dass man nun eine Zeit lang nichts mehr am Reglement ändern wird. Es hat sich aber erwiesen, dass es immer wieder Dinge gibt, die man diskutieren und beschliessen bzw. nicht hinausschieben soll. Trolligerweise gibt es schon jetzt wieder Ideen, was man noch anders regeln könnte. Seine Fraktion findet die Vorlage des Büros sehr gut und dankt dem Büro für die in diesem Zusammenhang geleistete Arbeit. Natürlich ist auch seine Fraktion nicht mit allen vorgeschlagenen Änderungen glücklich, doch wird man auch mit diesen leben können. Es kann schon sein, dass Einzelne gegen gewisse Paragraphen stimmen werden, weil sie schon halt immer dagegen waren. Die SP-Fraktion wird keine Änderungsanträge stellen, wird jedoch einen kleinen Zusatzantrag betreffend § 53 stellen.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) macht auf das Abstimmungsprozedere aufmerksam und stellt fest, dass man bei der Detailberatung alle Paragraphen einzeln durchgehen wird, wozu man dann auch Änderungsanträge stellen kann. Es wird aber nicht bei jedem einzelnen Paragraph, sondern erst am Schluss und summarisch abgestimmt.

Corinne Hügli (GLP) informiert als Sprecherin der GLP/EVP-Fraktion darüber, dass man die Anträge des Büros grossmehrheitlich unterstützen wird. Nur einen Antrag lehnt man ab, was man nachher auch noch begründen wird.

Vreni Baumgartner (GL) erinnert sich als Sprecherin der Grünen Fraktion noch gut an die Gesamterneuerung des Geschäftsreglementes, doch gibt es immer wieder einiges, was man ändern könnte. Von der Grünen Fraktion werden 3 kleine Änderungsanträge gestellt, welche dem Präsidium kurz vor der Sitzung noch gemailt wurden. Diese werden bei der Detailberatung noch begründet.

Domenic Schneider (GLP) nimmt Bezug auf das vorgängig vom Ratspräsidenten erörterte Abstimmungsprozedere. Ist die summarische Abstimmung am Schluss korrekt? Er ist der Meinung, dass bei Änderungsanträgen zu den Büro-Anträgen jeweils diskutiert und schlussendlich darüber gleich abgestimmt wird.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) unterstützt die Aussage von Domenic Schneider (GLP) und berichtet, dass über eingehende Abstimmungsanträge gleich abgestimmt wird. Dies wäre natürlich auch bei einem Streichungsantrag der Fall, wenn man die alte Formulierung im Reglement beibehalten möchte.

Stefan Fraefel (Mitte) stellt fest, dass heute die Rede von 4 Änderungsanträgen war, somit herrscht bezüglich den Anträgen des Büros keine Einstimmigkeit, welche einfach durchgewunken werden. Das Geschäftsreglement des Einwohnerrates ist das einzige Reglement, welches vom Kanton nicht vorgeprüft wird. Wir haben aber die GOR-Kommission, welche die Änderungen im Detail anschauen könnte. Der Rat hatte bereits eine Stunde im Zusammenhang mit der Überweisung der Verfahrenspostulate verbracht. Und an der heutigen Sitzung werden nun mehrere Änderungsanträge thematisiert, deren Wortlaut ein Grossteil des Rates nicht kennt. Er findet es überhaupt nicht effizient, wenn wir heute im gesamten Einwohnerrat über irgendwelche Wortlaute und Neuformulierungen diskutieren. Und obwohl er sich nicht viele Chancen ausrechnet, stellt er den Antrag, dass das Geschäft an die GOR zur Vorberatung überwiesen wird.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) hält fest, dass eine Vorberatung durch die GOR vom Büro auch diskutiert wurde. Es ist natürlich schon so, dass die GOR bei der Vorberatung irgendwo ein besseres Wort oder eine bessere Formulierung findet. Und da der Rat auch noch Änderungen an der beschlussfassenden Sitzung einbringen kann, kann es durchaus sein, dass man die Wörtchen und Vorschläge nochmals diskutiert. Aus diesem Grund wurde einer Direktberatung im Rat der Vorzug gegeben. Damit doppelte Diskussionen vermieden werden können, sollte man die Vorlage an die GOR überweisen. Gemäss Rückmeldungen der Fraktionen hätten eigentlich keine Änderungsanträge eingehen sollen, doch ist dies nun anders. Gemäss gültigem Reglement müssen Anträge schriftlich formuliert werden, wozu auch das Antragsformular zur Verfügung steht. Und so können Änderungsanträge auch nicht einfach kurz vor der Sitzung per E-Mail geschickt werden. Die erwähnten gemailten Anträge sind ihm unbekannt und so müssen diese Anträge auf dem rosaroten Antragsformular mit genauem Wortlaut der beantragten Reglementsänderung notiert und abgegeben werden. Nun möchten sich aber die Ratsmitglieder doch auch noch zum Antrag von Stefan Fraefel (Mitte) bezüglich der Überweisung an die GOR äussern.

Anja Weyeneth (SP) überrascht es doch etwas, dass heute noch Änderungsanträge eingehen, bei welchen es zum Teil nur um einzelne Wörter geht, denn inhaltlich dürften einzelne Wörter wohl kaum Wesentliches ändern. Eine kleine Arbeitsgruppe und auch das Ratsbüro haben sich intensiv mit der Teilrevision befasst und in § 52 Abs. 3 steht klar, dass der Rat ein Verfahrenspostulat an das Büro oder an eine andere Kommission überweisen kann. Die in der Büro-Vorlage thematisierten Verfahrenspostulate sind vom Rat klar an das Büro überwiesen worden. Somit könnte nun auch über die einzelnen Paragraphen abgestimmt werden.

Michael Durrer (GL) hält fest, dass es sich schon vor den Sommerferien abgezeichnet hatte, dass es von verschiedenen Seiten noch Anträge geben wird. Aus Erfahrung unterstützt seine Fraktion den Antrag für eine Vorberatung durch die GOR, denn weitere Diskussionen und Entscheide an der heutigen Sitzung dürften bei einer nicht funktionierenden Abstimmungsanlage nicht einfach werden. Er selbst ist zwar nicht in der GOR, doch wenn die Anträge bei einer Überweisung noch der GOR zugestellt würden, würden diese sicher nicht untergehen und an der heutigen Sitzung würde nicht noch weitere wertvolle Zeit verbraten.

Corinne Hügli (GLP) hält fest, dass sie ihr Votum nicht als Präsidentin der GOR, sondern als Sprecherin der GLP/EVP-Fraktion abgibt. Ihre Fraktion kann die Überweisung an die GOR nicht unterstützen, denn die Anträge können sicher relativ zügig durchgegangen und an der heutigen Sitzung behandelt werden. Sonst dürften dieselben Punkte hier im Rat auch nach Vorliegen des Kommissionsberichtes gleichwohl nochmals diskutiert werden.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und er nun über den Antrag des Büros für eine Direktberatung sowie den Antrag von Stefan Fraefel (Mitte) für eine Überweisung an die GOR abstimmen lässt.

://: Der Antrag für eine Überweisung der Vorlage Nr. 2024-215a an die GOR zur Vorberatung wird von 5 Ratsmitgliedern unterstützt.
Grossmehrheitlich wird dem Antrag des Ratsbüros für eine Direktberatung zugestimmt.
4 Ratsmitglieder enthalten sich ihrer Stimme.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass sich keine Einzelsprecher zu Wort melden und er nun die Detailberatung eröffnet.
Er wird bei jedem Paragraphen die Frage stellen, ob ein Änderungs- oder Streichungsantrag gestellt wird.

§ 6 Rücktritt, Nachrücken (Nachrücken)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

§ 21 Abs. 1 Aufgaben (Kommissionsberichte)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

§ 24 Abs. 3 Geschäftsprüfungskommission (Amtsberichte)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

§ 32 Abs. 1 Verfahren (Sitzungseinladungen)

Vreni Baumgartner (GL) stellt folgenden Änderungsantrag:

Die Kommissionspräsidentin oder der Kommissionspräsident lädt die Mitglieder und die Ersatzmitglieder zu den Sitzungen schriftlich sowie in der Regel 7 ~~mindestens 5~~ Tage vorher ein.

Sie begründet den Antrag damit, dass in den 7 Tagen mindestens 1 Wochenende für die Sitzungsvorbereitung zur Verfügung steht, was im Fall von 5 Tagen nicht unbedingt der Fall ist. Und belässt man die Formulierung «in der Regel», so ist notfalls auch eine kürzere Frist möglich, was im Fall von «mindestens» nicht möglich ist.

Richard Gafner (FDP) findet die Neuformulierung nicht gut, denn mit der Beibehaltung von «in der Regel» könnten es dann schlussendlich auch 3 oder 2 Tage usw. sein.

Markus Rudin (SVP) vertritt die gleiche Meinung wie sein Vorredner, denn «in der Regel» ist absolut unverbindlich und heisst eigentlich gar nichts.

Domenic Schneider (GLP) hatte es schon erlebt, dass man 2 Kommissionssitzungen in 1 Woche hatte und zwar wurde in der ersten Sitzung definiert, was in der zweiten Sitzung passiert. Bei der «Mindest-Formulierung» wäre ein handlungsfähiges, spontanes und schnelles Reagieren für eine weitere Sitzung in derselben Woche gar nicht mehr möglich, was gegebenenfalls ein rasches Handeln und Arbeiten verunmöglicht.

Bernhard Bonjour (SP) meint, er habe es in der GOR öfters erlebt, dass man wegen vielen pendenten Geschäften halt zu Sitzungen auch kurzfristig einladen musste und so findet er die Formulierung «in der Regel» auch richtig und praktikabel. Und das Problem könnte ja ganz einfach gelöst werden, indem die Kommissionen auf Vorrat hin und für eine längere Zeitspanne ihre Sitzungen terminieren. Damit könnten die Sitzungen besser als mit einer «Mindest-Formulierung» geregelt werden.

Richard Gafner (FDP) nimmt Bezug auf das Votum von Domenic Schneider (GLP) und ist der Meinung, dass bei der vorgeschlagenen Formulierung des Ratsbüros mindestens 5 Tage vor der Sitzung die Sitzung einzuberufen ist und die Traktanden später immer noch bekanntgegeben werden können. Und bei zwei Sitzungen in derselben Woche sind diese sicher auch schon vorher terminiert worden, ansonsten dürfte man die Leute wohl auch nicht zusammen bringen.

Anita Baumgartner (GL) meint, dass die vorgängigen Voten mitunter ein Grund dafür gewesen sind, weshalb sie eine Vorberatung durch die GOR begrüsst hatte, zumal nun nicht alle vom Gleichen reden. Als Kommissionspräsidentin war es für sie immer klar und logisch gewesen, dass mit einer Einladung nicht nur der Sitzungstermin fixiert wird, sondern dass auch die Traktanden bekanntgegeben werden. Auch macht die Terminierung von Sitzungen auf Vorrat wenig Sinn, wenn man nicht weiss, welche Geschäfte der Kommission zu welchem Zeitpunkt überwiesen werden. Damit sich alle genügend auf eine Sitzung vorbereiten können, wäre doch eine Einladung «in der Regel von 7 Tagen» sehr angemessen. Damit könnte notfalls auch in einer kürzeren Zeit und regelkonform noch kurzfristig zu einer Sitzung eingeladen werden. Das ist der Gedankengang der Antragsteller dahinter, und sie hofft, dass dieser auch eine Mehrheit im Rat finden wird.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) bemerkt, dass er die Diskussion verfolgt hat und auch noch einmal die Gedanken des Büros zu seinem Antrag ausbreiten möchte. Wenn der Fall tatsächlich eintritt, dass es wegen viel Arbeit auch zahlreicher Sitzungen bedarf, so macht es halt gegebenenfalls Sinn, dass man gleich von Anfang an zwei oder mehrere Sitzungstermine beschliesst. Mindestens 5 Tage vor der Sitzung müsste aber die Einladung mit Traktandenliste verschickt werden.

Benjamin Erni (EVP) meint, dass man sich mit der 5-Tagefrist doch genügend auf die Sitzung vorbereiten kann. Auch an der Informationsveranstaltung für die neuen Präsidien vom 7. August 2024 wurde die Meinung vertreten, dass zu einer Einladung auch eine Traktandenliste gehört, weshalb der Änderungsantrag der Grünen Fraktion auch Sinn macht.

Stefan Fraefel (Mitte) äussert, dass im Reglementsentwurf nichts darüber steht, ob die Traktandenliste zusammen mit der Einladung verschickt werden soll oder nicht. Hingegen wird im Kommentar des Büros in der Vorlage Nr. 2024-215a zu dieser Änderung festgehalten, dass die Sitzungseinladung in den überwiegenden Fällen ja lediglich Zeit, Ort und Traktandenliste umfasst. Das bedeutet, dass wenn ein Geschäft an eine Kommission überwiesen wird, die erste Kommissionssitzung frühestens 6 Tage nach Überweisung stattfinden kann. Bei

mehreren Sitzungen kann man die Traktandenliste ja nicht einfach im Voraus bestimmen, ausser mit einer Kurzfassung und möglichen Geschäften wie «Begrüssung», «Behandlung Geschäft» und «Varia», was ja auch keinen Sinn macht. Und was passiert, wenn die 5 Tage-Frist nicht eingehalten wird? Ist diese dann ungültig oder muss sie formell nochmals neu terminiert werden? Natürlich ist «in der Regel» eine Abschwächung und das Verfahrenspostulat wird nicht wirklich erfüllt. Aber wollen wir uns wirklich unnötig Fesseln anlegen, die uns die Flexibilität nimmt?

Stadtpräsident Daniel Spinnler meint, er habe ja eigentlich nichts zum Geschäftsreglement des Einwohnerrates sagen wollen, möchte aber nun doch noch darauf hinweisen, dass die fünf Stadtratsmitglieder ihr Amt im Nebenamt ausführen. Auch für den Stadtrat ist es sehr erschwerend, wenn ihre Terminkalender mit vorsorglich festgelegten Sitzungsdaten von einwohnerrätlichen Kommissionen blockiert werden. Schlussendlich geht es doch darum, dass auf dem juristischen Weg ein Problem beseitigt wird, weil bei einigen Einladungen nicht sauber gearbeitet wurde oder weil man die Termine zu spät festgelegt hatte. Das Problem liegt somit bei den verantwortlichen Kommissionsmitgliedern und es dürfte wohl nicht der wesentliche Punkt sein, ob die Sitzungen nun 5 oder 7 Tage vorher einzuberufen sind. Auch in der FIKO hatte man Geschäft sehr kurzfristig durchdiskutiert und es hatte auch immer eine Traktandenliste gegeben. Der Einwohnerrat sollte als Gesetzgeber auch ein gutes Vorbild sein und sich bei seinem eigenen Reglement an die Bestimmungen halten, ist dies nun eine Fristenvorgabe von 5 oder 7 Tagen. Wichtig ist dann auch, dass bei einem Geschäft die Termine früh fixiert und mitgeteilt werden, damit alle entsprechend organisieren und planen können. Und bei Kommissionen, die nicht ständig Geschäfte vorzubereiten haben, sind sogenannte Blocker-Termine gar nicht möglich und sinnvoll.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) bemerkt, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und er nun über die beiden Anträge des Ratsbüros und der Grünen Fraktion abstimmen lässt.

://: Dem Antrag des Ratsbüros, dass mindestens 5 Tage vorher zu Sitzungen einzuladen ist, stimmen 17 Ratsmitglieder zu.
Die Mehrheit von 18 Ratsmitgliedern stimmt dem Änderungsantrag der Grünen Fraktion zu, dass die Sitzungen in der Regel 7 Tage vorher einzuberufen sind.
Zwei Ratsmitglieder enthalten sich der Stimme.

§ 33 *Zuweisung eines Geschäfts an mehrere Kommissionen*

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

§ 57 Abs. 2 *Überweisung an Kommissionen, Mitberichte*

Thomas Eugster (FDP) verliert den Änderungsantrag der Grünen Fraktion, mit welchem eine Ergänzung mit einem 3. Absatz und folgendem Wortlaut vorgeschlagen wird:

Stellt die mitberichtende Kommission Anträge zu Handen des Einwohnerrates, sind diese von der federführenden Kommission zu würdigen und dem Rat mit oder ohne Gegenantrag zum Beschluss zu unterbreiten.

Die Meinung des Büros ist es, dass die mitberichtende Kommission in ihrem Bericht allenfalls auch Anträge stellen kann. Die leitende Kommission entscheidet dann, ob sie Anträge der mitberichtenden Kommission unterstützen will oder nicht. Das heisst, dass schlussendlich der Einwohnerrat von der federführenden Kommission erfährt, ob diese die Anträge der mitberichtenden Kommission unterstützt oder eben nicht. Die Gutheissung oder Ablehnung von Anträgen der mitberichtenden Kommission müsste selbstverständlich von der federführenden Kommission begründet werden, denn die Übernahme von Anträgen ist kein Automatismus für die federführende Kommission.

Gemäss Änderungsantrag der Grünen Fraktion sollen Anträge der mitberatenden Kommission von der federführenden Kommission in ihrem Bericht aufgenommen werden. Im Bericht der federführenden Kommission soll zudem festgehalten werden, ob die Anträge gemäss Mitbericht unterstützt oder abgelehnt werden.

Anita Baumgartner (GL) bemerkt, dass sie den Änderungsantrag der Grünen Fraktion schon gerne selber begründet hätte. Und das ist genau der Punkt, welcher soeben vom Ratspräsidenten ausgeführt wurde: Was ist denn überhaupt ein Mitbericht? Ihr als verwaltungsgeübte Person und Thomas Eugster (FDP) als Landrat ist durchaus klar, was ein Mitbericht ist, doch ist dies nirgends im ganzen ER-Geschäftsreglement umschrieben. Der Änderungsantrag und neue Absatz 3 klärt dies, indem darin festgelegt wird, dass auch die mitberichtende Kommission Anträge zu Händen des Einwohnerrates stellen kann. Es muss klar sein, was für einen Stellenwert der Mitbericht haben soll. Die federführende Kommission entscheidet, ob sie Anträge der mitberichtenden Kommission 1:1 weitergeben möchte und unterstützt oder ob sie zu einem anderen Schluss kommt und einen entsprechenden Gegenantrag stellt. Der beantragte neue dritte Absatz soll eine Hilfestellung für die Kommissionen sein, welche zu einem Mitbericht eingeladen werden.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass zu diesem Änderungsantrag keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und somit über die vorliegenden Anträge des Ratsbüros und der Grünen Fraktion abstimmen lässt.

://: Dem Antrag des Ratsbüros stimmen 3 Ratsmitglieder zu.
Grossmehrheitlich wird mit 27 Stimmen der Änderungsantrag der Grünen Fraktion bezüglich der Aufnahme des 3. Absatzes mit dem Wortlaut «*Stellt die mitberichtende Kommission Anträge zu Händen des Einwohnerrates, sind diese von der federführenden Kommission zu würdigen und dem Rat mit oder ohne Gegenantrag zum Beschluss zu unterbreiten.*» unterstützt.
Sieben Ratsmitglieder enthalten sich der Stimme.

§ 45 Abs. 5-7 *Behandlung von Motionen und Postulaten*

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

§ 46 Abs. 4 *Erfüllung und Abschreibung (Zwischenberichte Stadtrat)*

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

§ 53a Rückzug von Vorstössen

Thomas Eugster (FDP) verliest den Änderungsantrag von Bernhard Bonjour der SP-Fraktion betreffend dem Absatz 1:

Parlamentarische Vorstösse können vor der Sitzung schriftlich oder mündlich zurückgezogen werden.

Die Änderung liegt darin, dass parlamentarische Vorstösse entgegen dem Antrag und der Version des Ratsbüros gemäss Vorschlag von Bernhard Bonjour (SP) während der Sitzung nicht mehr zurückgezogen werden können.

Bernhard Bonjour (SP) erklärt als Antragsteller, dass er sich in der Vergangenheit schon einige Male darüber geärgert hatte, dass jemand einen Vorstoss einreicht und man dann über diesen redet. Dann wird jedoch der Vorstoss zurückgezogen, bevor der Rat darüber beschliesst. Die Verfasser wissen doch bereits vor der Sitzung, ob sie an dem eingereichten Vorstoss festhalten möchten oder nicht. Und wenn man dann am Vorstoss festhält und darüber diskutiert, soll es auch eine Abstimmung geben. Es reicht deshalb durchaus, dass man vorgängig der Sitzung dem Ratspräsidium mündlich mitteilt, dass man den Vorstoss zurückzieht.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass zu diesem Änderungsantrag keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden. Er verliest den 1. Absatz von § 53a gemäss Antrag des Ratsbüros und den Änderungsantrag von Bernhard Bonjour (SP) und lässt über diese abstimmen.

://: Der Änderungsantrag von Bernhard Bonjour (SP) wird von 9 Ratsmitgliedern unterstützt. Grossmehrheitlich stimmen 28 Ratsmitglieder dem Antrag des Ratsbüros zu.

§ 58 Abs. 2 + 3 Einberufung (Einberufung a.o. Ratssitzungen, Absage Ratssitzungen)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

§ 63 Abs. 1 Beschlussfähigkeit

Thomas Eugster (FDP) verliest den Änderungsantrag der Grünen Fraktion betreffend § 63 Abs. 1:

Der Rat ist beschlussfähig, wenn mindestens 21 Mitglieder des Rates an der Sitzung teilnehmen ~~physisch oder in anderer Weise anwesend sind~~.

Anita Baumgartner (GL) bemerkt als Antragstellerin, dass es sich um eine rein sprachliche Anpassung handelt, welche von ihrer Fraktion vorgeschlagen wird. Bezugnehmend auf die Formulierung des Ratsbüros soll man sich doch mal vorstellen, wie man «in anderer Weise anwesend» sein kann, wenn diese nicht physisch der Fall ist. Die vorgeschlagene Formulierung ihrer Fraktion, dass mindestens 21 Ratsmitglieder für die Beschlussfähigkeit anwesend sein müssen, reicht ja durchaus und es spielt dann ja auch keine Rolle, ob dies physisch, vor dem PC oder vielleicht sogar in telepathischer Form der Fall ist.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass es mit beiden Antragsformulierungen möglich ist, dass man notfalls gar noch elektronische virtuelle Sitzungen durchführen könnte. Er muss zugestehen, dass der Änderungsantrag der SP-Fraktion sprachlich einfacher formuliert ist.

Er kann feststellen, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden und verliert die beiden Anträge des Ratsbüros sowie der SP-Fraktion nochmals.

://: Der Änderungsantrag der SP-Fraktion mit dem Wortlaut von § 63 Abs. 1 «*Der Rat ist beschlussfähig, wenn mindestens 21 Mitglieder des Rates an der Sitzung teilnehmen.*» wird grossmehrheitlich von 35 Ratsmitgliedern unterstützt.
Dem Antrag des Ratsbüros stimmen 2 Ratsmitglieder zu.

IV. Abstimmungen (Abschnittstitel)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

§ 82 Abst. 1 Abstimmungsregeln (offene Abstimmung)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

IV. Inkrafttreten (Änderungen ab 1. Juli 2024 in Kraft)

Anja Weyeneth (SP) macht beliebt, dass auf dem Titelblatt des Geschäftsreglementes für den Einwohnerrat auch das Änderungsdatum vermerkt wird.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass es sich beim Votum von Anja Weyeneth (SP) um eine Anregung und keinen Antrag handelt.

Schlussabstimmung

://: Der Rat beschliesst einstimmig die Änderung des Geschäftsreglementes für den Einwohnerrat gemäss vorgängigen Entscheiden und setzt sie rückwirkend auf den 1. Juli 2024 in Kraft.

://: Einstimmig werden folgende Verfahrenspostulate als erfüllt abgeschrieben:

- Nr. 2024-215.1 «Kommissionsberichte» der FDP-Fraktion
- Nr. 2024-215.2 «Berichte Zweckverbände und Beteiligungen»
- Nr. 2024-215.3 «Einladung Kommissionssitzungen» der FDP-Fraktion
- Nr. 2024-215.4 «Mitberichte» der SP-Fraktion
- Nr. 2024-215.5 «Berichte zu Motionen/Postulaten» der FDP-Fraktion
- Nr. 2024-215.7 «Rückzug Vorstösse» der FDP-Fraktion
- Nr. 2024-215.8 «Mitberichte» der SP-Fraktion
- Nr. 2024-215.9 «Sitzungseinladung, Undurchführbarkeit physischer Sitzungen» der FDP-Fraktion
- Nr. 2024-215.10 «Ausfall ER-Sitzungen» der SP-Fraktion
- Nr. 2024-215.11 «Ausfall ER-Sitzungen, Notfallregelung» der SP-Fraktion

6. Fragestunde

Die «Fragestunde» wird von Vizepräsident Philipp Franke (GL) geleitet.

1. Frage / Denise Meyer (SVP) – Baustelle Stabhof

Seit langer langer Zeit ist der Stabhof eine Baustelle und im Moment scheinen die Arbeiten eingestellt. Für viele Leute ist das ein grosses Ärgernis.

Fragen:

1. Weiss der Stadtrat etwas Näheres und ist er bereit, zu verlangen, dass das Gerüst Rathausstrasse entfernt wird?
2. Wo sind Ersatz-Parkplätze für die seit langem wegfallenden Möglichkeiten im Stabhof und wie verhält es sich mit dem öffentlichen Durchgang?
3. Wie ist die Entschädigung für die Belegung von öffentlichem Areal geregelt?

Stadtrat Daniel Muri: Gemäss neuesten Informationen und bereits früher gegebenen Antworten braucht es wegen statischen Problemen im Untergrund und Unvorhergesehenem etwas Zeit, bis man wieder ein neues Ingenieurbüro gefunden hatte usw. Die Arbeiten schreiten aber weiter voran und es ist ein grosses Glück, dass die Baustelle weitergeht. Ein Gerüst darf während den Bauarbeiten wegen Vorschriften der Suva usw. nicht entfernt werden. Es ist ja nicht nur die vertikale Fläche, sondern auch das Dach eingerüstet, damit herunterfallende Ziegel usw. vom Netz aufgefangen werden können. Das Gerüst muss während der Baustellenzeit belassen werden. Bezüglich den Parkplätzen gibt es im Rahmen des Baustellenkonzeptes eine Vereinbarung zwischen der Stadt und der Bauherrschaft. Es sind keine Ersatzparkplätze vorgesehen und der öffentliche Durchgang befindet sich auch im Baustellenbereich, welcher weiterhin gesperrt bleiben muss. Nach Rücksprache mit dem Eigentümer ist auch eine temporäre Öffnung des Durchganges nicht möglich. Die Entschädigung ist im Rahmen der Allmendbewilligung geregelt worden.

2. Frage / Sonja Niederhauser (EVP) – Situation/Motion Tiergartenstrasse

Die Baustelle am Parkhaus Tiergartenstrasse schreitet voran. Für die Fussgänger ist noch immer keine sichere Lösung ersichtlich. Viele Schulkinder, Eltern und Anwohnende sind verunsichert.

Wann wird der Stadtrat dem Einwohnerrat und der Bevölkerung Antworten zur Motion Tiergartenstrasse liefern? Und weshalb dauert das so extrem lange?...

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Es ist so, dass die Tiergartenstrasse in diesem Bereich ein Grundstück der SBB ist. Nach der Überweisung der Motion ist der Stadtrat daran gegangen, dass Ideen zur Entschärfung der Situation entwickelt werden. Mit den SBB sind Verhandlungen geführt worden, welche abgeschlossen werden konnten. Aktuell laufen aber noch Gespräche mit der Anwohnerschaft. Und dann braucht es auch noch ein Preisschild, bevor die Motion beantwortet werden kann. Sie kann im Moment noch kein Datum angeben, da ja auch noch die Petition Tiergartenstrasse hängig ist und die Information des Einwohnerrates und der Petenten gleichzeitig erfolgen soll.

3. Frage / Vreni Wunderlin (GLP) – Zubringerdienst Büchelstrasse

Auf Ende Sommerferien wurde versprochen, den Zubringerdienst ab Törlplatz in Richtung Büchelstrasse einzuführen.

Wann wird dies nun effektiv umgesetzt?

Stadtrat Daniel Muri: Aufgrund von Einsprachen muss nun noch der Entscheid des regierungsrätlichen Rechtsdienstes abgewartet werden. Im Anschluss daran können dann die verkehrspolizeilichen Anordnungen wie geplant umgesetzt werden. Er hofft, dass der Entscheid nun bald vorliegen wird, sind die Einsprachen doch vor rund 3 – 4 Wochen dem Regierungsrat weitergeleitet worden.

4. Frage / Corinne Hügli (GLP) – Feuerwerk rund um 1. August: Durchsetzung von Polizeireglement

Gemäss §32 Abs. 1 des Polizeireglements der Stadt Liestal ist das Abbrennen von Knallkörpern und Feuerwerk jeder Art verboten, ausgenommen vom 1. August auf den 2. August bis 00:30 Uhr. Ausserhalb dieser Zeit ist eine Bewilligung erforderlich.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Stadtrat um folgende Auskunft: Wie viele Personen wurden in diesem Jahr aufgrund von Verstössen gegen diese Bestimmung rund um den 1. August verwarnt oder gebüsst und wie hoch sind die dabei erlassenen Bussen ausgefallen?

Stadtrat Lukas Felix stellvertretend für Stadträtin Pascale Meschberger: Es sind 5 Personen mit einer Ordnungsbusse von 200 Franken gemäss Ordnungsbussenkatalog des Polizeireglements geahndet worden. Drei Gruppierungen sind verwarnt worden, weil nicht genau zugeordnet werden konnte, wer das Feuerwerk gezündet hatte. Und insgesamt wurden sechs Feuerwerke verhindert, indem man vier Personen noch rechtzeitig auf das Feuerwerk-Verbot aufmerksam machen konnte.

5. Frage / Anita Baumgartner (GL) – Bahnhofausbau, Treppe/Unterführung bei Palazzo

Der Bahnhof-Ausbau schreitet voran aber leider ist der Fussweg zu den Gleisen 2-4 von der Poststrasse her noch immer sehr lang. Wann ist mit der Inbetriebnahme der Treppe in die Unterführung beim Palazzo zu rechnen?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Es wird bei den SBB immer wieder nachgefragt, doch muss weiterhin zugewartet werden, da die SBB nicht in der Lage war, so kurzfristig Auskunft geben zu können.

6. Frage / Anita Baumgartner (GL) – Gitterlibad: Rauchverbot/-zonen

Ist der Stadtrat bereit darauf hinzuwirken, dass im Gartenbad des Gitterlibads ein Rauchverbot oder spezielle Raucherzonen errichtet werden, um die Nicht-rauchenden Badegäste vor den Folgen des Passivrauchens zu schützen?

Stadtrat Lukas Felix: Der Stadtrat möchte sich bei so einem Thema nicht über die Betriebsleitung des Gitterli-Bad hinwegsetzen, da diese ja den Betrieb und die Bedürfnisse ihrer Gäste besser als der Stadtrat kennt. Die Fragestellerin möchte doch bitte bei der Gitterli-Betriebsleitung das Anliegen vorbringen und den Vorschlag bezüglich den Raucherzonen einbringen, wofür er ihr auch den Kontakt gerne geben könnte.

7. Frage / Lukas Heinzelmann (SVP) – Kindergarten Gräubern

Seit längerer Zeit steht der Kindergarten Gräubern leer, was ist der Plan der Stadt Liestal mit diesem Kindergarten?

Wird dieser jetzt umgebaut oder das Land verkauft?

Auch wird die Hecke nicht regelmässig zurückgeschnitten, so dass die Anwohner diese schneiden müssen, damit die Autos wo dort fahren eine gute Sicht auf die Strasse haben.

Stadtrat Daniel Muri: Der Kindergarten kann nicht mehr gebraucht werden und die Stadt strebt einen Verkauf der Parzelle an. Heute ist der Kindergarten Teil eines Quartierplans mit einer festgelegten Zweckbestimmung. Ein Neubau mit einer anderen Nutzung bzw. ein Verkauf bedingt aber eine Mutation des Quartierplans und das Einverständnis der übrigen Liegenschaftsbesitzer und Stockwerkeigentümerschaften im Quartierplan Gräubern. Dies wird nicht sehr einfach werden. Er dankt für den Hinweis bezüglich dem Hecken-Zurückschneiden, welcher weitergegeben wird, da es dieses Problem ja auch noch an anderen Orten in Liestal gibt.

8. Frage / Marius Ziegler (SVP) – Stütz- und Regionalfeuerwehr

Ich habe folgende zwei Fragen an den Stadtrat für die Fragestunde im Einwohnerrat vom 21. August 2024:

Welche Begründung gibt es, warum jetzt weitere Stellen geschaffen werden in der Stützpunkt- und Regionalfeuerwehr Liestal?

Wie ist die finanzielle Auswirkung für die Stadt Liestal und wurde das auch so budgetiert?

Stadtrat Lukas Felix stellvertretend für Stadträtin Pascale Meschberger: Es wurde nur 1 befristete Stelle neu geschaffen und es sind nicht mehrere Stellen gemäss Fragestellung geschaffen worden. Dies wird mit einer Vielzahl grosser Projekte wie die neue Rettungswache, der Anschluss von Nuglar-St. Pantaleon, die Prüfung von weiteren Beitritten von Feuerwehren beim Verbund sowie die grosse Anzahl an Überstunden beim Feuerwehrkommando begründet. Die Stelle ist bis zur Pensionierung des jetzigen Kommandanten befristet, damit sich dieser um die Projekte kümmern und auch die Führung der Milizfeuerwehr bei seiner Pensionierung abgeben kann. Die Arbeitslast hätte auch nicht von den anderen Mitgliedern des Kommandos übernommen werden können. Mit dieser Entscheidung kann auf die befristete Anstellung eines Projektleiters verzichtet werden. Die Kosten von rund TCHF 80 sind im Budget 2025 der Stützpunkt- und Regionalfeuerwehr eingestellt.

9. Frage / Domenic Schneider (GLP) – Velostation, Eröffnung

Im Nachtragskredit des Stadtrats zur Velostation steht, dass der Innenausbau bereits weit vorgeschritten ist. Kann ein Termin genannt werden, per wann diese eröffnet wird?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Viele warten auf die Eröffnung, wenn man die schöne Eingangstüre zur Velostation sieht und in der neuen Vorlage Nr. 2024-7 lesen kann, dass der Innenausbau schon weit fortgeschritten ist. Es sind nun aber noch die ganzen Arbeiten im Zusammenhang mit der Elektronik und Steuerung zu erledigen und wenn dann alles funktioniert, sollte ein Eröffnung im Herbst 2024 möglich sein. Ein genaueres Eröffnungsdatum kann sie aber im Moment nicht angeben, doch dürfte dies im vierten Quartal 2024 sein.

10. Frage / Domenic Schneider (GLP) – Öffentliche Toiletten

Immer wieder beschwerten sich Personen darüber, dass die öffentlichen Toiletten in der Allee verschlossen sind. Die Gründe für das Verschliessen wurden im Rat bereits mehrfach erläutert. Wäre der Stadtrat bereit, an den Toiletten eine deutliche Beschriftung mit den Öffnungszeiten sowie Hinweise auf alternative Standorte anzubringen, um die Situation für die Nutzerinnen und Nutzer zu verbessern?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Sie verzichtet darauf, erneut über die Gründe der verschlossenen Toiletten zu informieren. Sie findet aber die Anregung des Fragestellers eine gute Idee, welche auch so umgesetzt wird.

11. Frage / Domenic Schneider (GLP) – Optische Hinweise bei Schwelle Sichtenstrasse

Die neue Schwelle in der Sichtenstrasse zwingt Verkehrsteilnehmende zu einer sehr geringen Geschwindigkeit. Allerdings wird die Schwelle, vor allem im talwärtsfahrenden Verkehr, oft zu spät wahrgenommen, was zu unangenehmen Schlägen führt. Wäre der Stadtrat bereit, durch optische Hinweise wie beispielsweise Bodenmarkierungen auf diese Schwelle aufmerksam zu machen, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Sie kann bestätigen, dass sie sich ebenfalls vom Sattel erheben muss, damit sie beim Überfahren der Schwelle keinen Schlag abbekommt. Beim Nachmessen der Schwelle durch die Betriebe wurde festgestellt, dass diese nicht plangemäss ausgeführt wurde. Die SBB ist jetzt angewiesen worden, diese so rasch wie möglich abzusenken. Die vorgeschlagene Bodenmarkierung dürfte vermutlich nicht eine bessere Lösung sein.

12. Frage / Daniel Jurt (SVP) – Situation Sichtenstrasse nach Unwetter

Die Sichtenstrasse bleibt voraussichtlich für 6 Monate gesperrt, bis die Sanierung bis Ende 2024 abgeschlossen sein wird.

Zudem ist die Sichtenstrasse - hinauf bis zum Parkplatz beim Wald / öffentliche Feuerstelle in einem sehr schlechten Zustand. Mit jedem Winter wird es nicht besser.

Fragen:

Wird es im Bereich der Werksleitungen Unterbrüche geben?

Wird die Sichtenstrasse auf der ganzen Länge generell einmal saniert?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Die Werkleitungen sind teilweise unterspült worden, doch sie funktionieren noch. Und sollten diese einmal nicht mehr funktionieren, so würden diese ersetzt. Massnahmen sind vorallem im unteren Teil der Sichtenstrasse nötig. Dabei wird die Dringlichkeit und auch Synergiennutzung berücksichtigt. So werden Flickarbeiten auch mit anderen Werkleitungseigentümern wie beispielsweise mit der EBL koordiniert.

6. Gefahrenbeseitigung Bahnunterführung – Schriftliche Antwort Stadtrat zu Interpellation betreffend Gefahrenbeseitigung in der Bahnunterführung von Thomas Eugster namens der FDP-Fraktion (Nr. 2024-216)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) hält fest, dass die Interpellation der FDP-Fraktion vom Stadtrat wunschgemäss mit der Vorlage Nr. 2024-216a schriftlich beantwortet wurde. Die FDP-Fraktion als Verfasserin des Vorstosses wird von Richard Gafner (FDP) vertreten. Das Geschäft ist ja schon ein paar Mal vertagt worden und deshalb wird es zuallererst noch ein Update durch Stadträtin Marie-Theres Beeler geben.

Stadträtin Marie-Theres Beeler macht darauf aufmerksam, dass die stadträtliche Beanwortung der Interpellation bereits am 9. April 2024 verabschiedet wurde. Das ist nun doch schon länger her und in der Unterführung sieht es aktuell auch nicht mehr so aus wie damals. So ist die Sichtzone erweitert worden, indem man dort die Metallgitter weggenommen hatte. Man schaut auch, dass die Sichtzone auf Dauer bessert erweitert werden kann. Dies verändert sich natürlich auch wieder, wenn die Rechtskurve für die Velofahrer auf der linken Seite offen sein wird. Das Licht ist inzwischen auch in Ordnung, denn die Beleuchtung hatte während der Bauzeit doch immer wieder zu Reklamationen Anlass gegeben. Wenn Gefahren erkannt werden, werden diese natürlich auch weiterhin beobachtet und rechtzeitig zusammen mit dem Polizei und dem Kanton nach Lösungen gesucht werden.

Richard Gafner (FDP) dankt als Interpellant und FDP-Fraktionssprecher für die stadträtlichen Antworten und die ergänzenden Ausführungen von soeben, wünscht jedoch die Diskussion.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion bewilligt wird.

Richard Gafner (FDP) führt aus, dass er zu den stadträtlichen Antworten doch noch einige Anmerkungen und Fragen habe. Bezugnehmend auf die erste Antwort würde es ihn beispielsweise interessieren, ob denn der Beurteilungsbericht der Kantonspolizei zwischenzeitlich eingegangen ist oder nicht. Und im Zusammenhang mit der zweiten Antwort möchte man wissen, ob sich denn die SBB und die Stadt Liestal an den Folgekosten auch noch zu beteiligen hat. Die Frage bezüglich der mangelnden Beleuchtung ist vorgängig bereits von Stadträtin Marie-Theres Beeler beantwortet worden. Man wird nun in der Praxis sehen, ob die getroffenen Massnahmen greifen und Wirkung zeigen werden.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehrend angemeldet wurden.

Stadträtin Marie-Theres Beeler orientiert, dass es den Polizeibericht erst dann geben wird, wenn die Bauarbeiten abgeschlossen sind und auch Erfahrungen aus der realen Praxis gesammelt werden konnten. Vielleicht sind ja noch andere Gefahren vorhanden, welche im Vorstoss nicht erwähnt sind. Weitere Massnahmen mit neuen Signalisationen, besseren Sichtzonen usw. müssten dann noch geprüft werden. Die Beteiligung der Stadt an allfälligen weiteren Vorkehrungen und Massnahmen sind Verhandlungssache, doch allfällige Folge- und Mehrkosten würden bei der SBB eingefordert.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation Nr. 2024-216 durch den Stadtrat.

7. Fahrbahnverengungen Sicherternstrasse – Schriftliche Antwort Stadtrat zu Interpellation betreffend Fahrbahnverengungen auf der Sicherternstrasse von Thomas Eugster namens der FDP-Fraktion (Nr. 2024-217)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) hält fest, dass die Interpellation der FDP-Fraktion vom Stadtrat wunschgemäss mit der Vorlage Nr. 2024-217a schriftlich beantwortet wurde.

Richard Gafner (FDP) dankt als Interpellant und FDP-Fraktionssprecher für die stadträtlichen Antworten und die ergänzenden Ausführungen von soeben, wünscht jedoch die Diskussion.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion bewilligt wird.

Richard Gafner (FDP) führt aus, dass seine Fraktion den Eindruck nicht ganz los geworden ist, dass hinter dem Rücken des Einwohnerrates die im Vorstoss erwähnte Verkehrsschikane eingebaut wurde. Diese ist zwar im Budget ausgewiesen, jedoch konnte diese im QP nicht festgestellt werden, denn diese wäre wohl so nicht im Rat durchgekommen, was natürlich spekulativ ist. Insbesondere die beiden Verengungen und die heutige Situation empfindet wohl nicht nur die FDP-Fraktion als Murks. Zur Mittagszeit stauen sich die Fahrzeuge immer noch bis zur Kantonsstrasse runter und folglich ist dann auch der Velostreifen gesperrt. Der Verkehr in der Sicherternstrasse wird angesichts der Bautätigkeiten sicher nicht abnehmen und es wird vermutlich auch keine Entlastung geben. Auch die Anzahl Fussgänger und Schüler wird weiter nach oben ansteigen. Dies führt dazu, dass die runterfahrenden Autofahrer versuchen, die enge Stelle zu umfahren, indem sie über die Wiedenhubstrasse ausweichen. Es ist für seine Fraktion nicht ganz nachvollziehbar, wieso dort eine Begegnungszone geschaffen wurde. Es gibt genau eine Stelle, wo der Verkehr die Strasse traversiert. Und entlang der Mauer wird niemand über die Strasse gehen, da es dort gar kein Trottoir gibt. Es ist ja auch eine Petition lanciert worden, welche vom Stadtrat in der Zwischenzeit beantwortet wurde. Man ist von der jetzigen Situation nicht sehr begeistert, doch sind in der Zwischenzeit wenigstens die rotweissen Abschränkungen aus der Fahrbahn hinaus entfernt worden. Damit wurde sicher eine kleine Erleichterung geschaffen, doch sind weitere Massnahmen für einen besseren Verkehrsfluss und ein mögliches Kreuzen nötig. Und wenn nichts passieren sollte, behält sich seine Fraktion vor, politisch nochmals aktiv zu werden.

Domenic Schneider (GLP) führt als Sprecher der GLP/EVP-Fraktion aus, dass er sein Homeoffice in die Nähe der Oristalunterführung verlegt habe. Er fährt dort täglich etwa 5 x mit dem Velo oder mit dem Auto durch. Als die rotweissen Bauabschränkungen noch dort gestanden hatten, hatte es tatsächlich etwas enger gewirkt, was bei einigen Autofahrern doch Ängste bei der Durchfahrt bewirkt hatte. Die Abschränkungen sind nun grössenteils weggenommen worden, was sich positiv auf den Verkehr ausgewirkt hatte und ab dann ist keinerlei Stau mehr bis zur Oristalstrasse bzw. -unterführung festgestellt worden. Dies auch morgens oder vor dem Mittag, als ganz viele Mami-Taxis unterwegs waren. Es ist wohl schon so, dass solche Verengungen dazu führen, dass man warten und die Autofahrer auf der Gegenfahrbahn durchlassen muss. Solche Verengungen gibt es aber in den Sicherternstrasse und in der Wiedenhubstrasse schon länger, wo Temporeduktionen gefordert und nötig sind. So viel er weiss, werden solche Massnahmen auch von der Astra usw. gefordert. Auch wird bemängelt, dass die Strasse nach der Verengung viel zu schmal ist, um aneinander vorbeifahren zu können. Er hat die Strasse mit einer Breite von 4.50 Meter ausgemessen und anschliessend festgestellt, dass auch sein relativ breiter BMW X5 inklusive Spiegel max. 2.21 Meter breit ist. Also können sich zwei Autos mit dieser Breite problemlos kreuzen, ohne dass man gleich an den Strassenrand fahren muss. Er musste aber auch schon im Zusammenhang mit einer angeblich zu schmalen Parkhaus-Einfahrt feststellen, dass anscheinend zwei VW Polo nicht aneinander vorbeikommen. Er empfiehlt deshalb allen Fahrzeuglenkerinnen und Fahrzeuglenkern mit einem 2 Meter breiten Skoda Octavia, dass sie ihren Fahrzeugausweis abgeben, falls sie nicht auf einer Strasse mit einer Breite von 4.50 Metern kreuzen können, weil sie schlichtwegs nicht mehr auf die Strasse

gehören. Und diejenigen, die wegen der Verengung in der Sichtenstrasse auf die Wiedenhubstrasse ausweichen wollen, möchte er darauf aufmerksam machen, dass sie dort gleich drei Verengungen in Kauf nehmen müssen. Seine Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für die Interpellationsbeantwortung und freut sich darüber, dass sich die Situation nach Beendigung dieser Baustelle und dem Wegfall weiterer Hindernisse noch weiter verbessern wird. Und wenn dann die Schwelle noch «entschwellt» ist, wird wohl auch der Verein «Liestal orientiert» zufrieden sein und schüttelfrei durch die Sichtenstrasse fahren können.

Natalie Oberholzer (GL) führt als Sprecherin der Grünen Fraktion aus, dass auch sie im Sichtenquartier wohne und mehrmals täglich die Sichtenstrasse durchfahre. Sie kann die Beobachtungen ihres Vorredners teilen und zustimmen, dass gewisse Lenkerinnen und Lenker offenbar ihr Auto nicht mehr so ganz im Griff haben. Sie möchte aber noch ein paar andere Gedanken ausbreiten und darauf aufmerksam machen, dass der Stadtrat das Ziel formuliert hat, bessere Verhältnisse für die schwächeren Verkehrsverkehrsteilnehmer zu schaffen. Dies ist ihm mit der neuen Begegnungszone gelungen. Tempo 20 und eine bessere Verkehrsführung schaffen eindeutig mehr Sicherheit für die Fussgängerinnen und Fussgänger sowie Velofahrenden. Früher ist sie persönlich schon fast 2 x frontal von einem Auto erfasst worden, doch dank ihres geistesgegenwärtigen Bremsmanövers konnte ein Aufprall verhindert werden. Es war jedes Mal die gleiche Situation gewesen: Das Auto ist die Sichtenstrasse runtergefahren und hat mit einem Tempo von rund 50 Km/h die Kurve nach links in die Wiedenhubstrasse geschnitten. Offenbar rechnen die Autofahrenden nicht mit Velofahrenden, welche aus der Munzachstrasse kommen. Diese gefährlichen Situationen sind mit den neuen Massnahmen nun entschärft worden und es wäre wohl nur eine Frage der Zeit gewesen, bis etwas Schlimmeres passiert wäre. Und dass nun jetzt versucht wird, diese Verbesserungen wieder rückgängig machen zu wollen, ist für sie unverständlich, denn für eine Mehrzahl der Personen, welche die neue Begegnungszone zu Fuss oder mit dem Velo, Auto, E-Bike usw. passieren, ist es eindeutig eine Verbesserung. Wenn das Ganze noch einmal umgestaltet werden sollte, nur weil ein paar wenige sich das wünschen, so wäre dies aus ihrer Sicht ein Verhältnisblödsinn, eine Verschwendung von Steuergeldern und eine Verschlimmbesserung. Nur weil Autofahrende pro Person mehr Fläche beanspruchen und mehr Gewicht als Fussgänger herumschleppen, heisst das noch lange nicht, dass sie auch mehr Rechte haben. Ihr scheint, dass die vorliegende Interpellation eher zur Kategorie Wahlpropoganda gehört. Der Interpellant spricht im Vorstoss sehr übertrieben von «massiven Stauungen», welche die Fahrbahnverengungen verursachen sollen. Was ist denn ein 22 Kilometer langer Stau am Gotthard in seinen Augen? Auch soll der Verkehr «berg- wie talwärts praktisch blockiert» sein. Offenbar sind Wartezeiten von vielleicht 30 Sekunden für gestresste Autofahrende schon zu viel. Wir sollten uns aber schon 30 Sekunden Zeit nehmen, damit Schulkinder die Strasse überqueren können. Und auch unter einer Wartekolonne stellt sie sich auch mehr als nur 3 – 4 Autos vor. Also bleiben wir doch bitte sachlich und denken in erster Linie an die schwächsten Verkehrsteilnehmenden. Wir sind im Sichtenquartier in einem Wohnquartier, wo Menschen sich auf den Strassen aufhalten und begegnen. Und grundsätzlich möchte sie festhalten, dass das Hauptnadelöhr in Liestal die Oristal-Bahnunterführung ist und bleibt. Diese Strasse ist nicht ausbaubar und da hilft nur eines, dass man für kurze Strecken zum Velofahren begeistert. Schaffen wir doch noch mehr Anreize für Velos und E-Bikes, damit Liestal eine Velo-Stadt wird und Platz schafft für Handwerker, Transporteure, Gehbehinderte usw., welche auch wirklich auf das Auto angewiesen sind. Das wären Massnahmen gegen den Stau, anstatt für flächenverschwendende Autos den roten Teppich auslegen zu wollen. Die Begegnungszonen haben eigentlich das Ziel, dass den Menschen zu Fuss der Vortritt gegeben wird, dass soziale Kontakte gefördert und Begegnungen gefördert werden, wie es der Name auch sagt. Und schliesslich dient es auch dem Ziel der Lebensqualität-Verbesserung, was ja auch zuoberst als Ziel im Entwicklungsplan der Stadt Liestal formuliert ist.

Jacques Heller (SP) legt als SP-Fraktionssprecher dar, dass die Fahrbahnverengung an der Sicherternstrasse viele Menschen in Liestal und insbesondere auch aus dem Sicherternquartier beschäftigt, wo er selbst auch wohnt. Dem Interpellanten wird für die relevanten Fragen und dem Stadtrat für die klärenden und präzisen Antwort gedankt. Die SP-Fraktion stellt fest, dass sich der Stadtrat an die Vorgaben bezüglich Information und Mitsprachemöglichkeiten der Bevölkerung gehalten hat. Das dünkt uns wichtig, denn auch die Pläne der Begegnungszone hatten bei der Stadt Liestal aufgelegt. Sie sind auch an den Bahnhof-Informationsanlässen mit der Bevölkerung diskutiert worden und es hat auch keine Einsprachen gegeben. Grundsätzlich begrüsst die SP-Fraktion aus verschiedenen Gründen diese Verkehrsberuhigung. Erstens leuchtet es ein, dass bei den Ausgängen vom Bahnhof Liestal eine verkehrsberuhigte Zone, also eine Begegnungszone, gibt. Zweitens ist der Platz optisch doch klar aufgewertet worden und man hält sich dort lieber auf als vorher. Und drittens kann er die Aussagen und die Wahrnehmungen als Anwohner bestätigen, dass sich die Verkehrssituation auf der Sicherternstrasse während den letzten Wochen entspannt hat und er beispielsweise seit dem Schulbeginn vor rund 1 ½ Wochen noch nie einen Stau feststellen konnte. Die verschiedenen Signalisationen und die Reduktion der maximalen Geschwindigkeit auf 20 Km/h haben Wirkung gezeigt. Auch ist man froh, dass die Fahrbahnschwellen tiefer gesetzt werden. Staus und Autokolonnen sind kaum mehr feststellbar und der Verkehr fliesst ruhig. Und so ist die SP-Fraktion auch klar der Ansicht, dass das stadträtliche Projekt wie geplant fertiggestellt wird. Ebenfalls findet man das stadträtliche Vorhaben gut, dass nach einem Jahr eine Evaluation der Verkehrssituation durchgeführt wird.

Markus Rudin (SVP) teilt als SVP-Fraktionssprecher mit, dass er zwar selten dort mal durchfährt, aber doch jedes Mal wegen der Fahrbahnverengung in den Stau kommt, welcher oftmals bis zur Kantonalbank-Kreuzung reicht. Auch dürfen wir als Einwohnerratsmitglieder und Volksvertreter nicht vergessen, dass die Petition doch von rund 500 Leuten unterschrieben wurde. Er kennt zwar nicht viele Petenten, doch ist er auf die Problematik auch schon angesprochen worden. Anscheinend gibt es nur glückliche Leute hier im Einwohnerrat, welche mit dieser Situation zufrieden sind. Aber wo sind denn die 500 Petenten? Für ihn gibt es auch keine Begegnungszone rund ums Stedtli, sondern nur im Zentrum mit Einkaufsläden, Geschäften und Restaurants. Eine Temporeduktion in der Sicherternstrasse auf 20 Km/h wäre für ihn angesichts der zahlreichen Schulkinder ja auch noch in Ordnung, doch deswegen muss man nicht gleich eine Begegnungszone machen.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass keine Wortmeldungen von Einzelsprechern vorliegen.

Stadträtin Marie-Theres Beeler meint, sie möchte zwei verschiedene Aspekte aufgreifen und sich zur Notwendigkeit einer Begegnungszone an der Sicherternstrasse sowie zur Gefahr von Rückstau äussern. Im Zusammenhang mit der Begegnungszone sei erwähnt, dass es gemäss Strassenverkehrsgesetz vier Gründe zur Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit gibt. Dies ist möglich, wenn beispielsweise bestimmte Strassenbenützer einen besonderen Schutz brauchen und dies ist beim «Sicherternplatz» sicher der Fall, wird dieser doch von rund 1'000 Schülern überquert und dies ist meist dann der Fall, wenn auch ein reger Arbeitsverkehr vorhanden ist. Auch bei Strecken mit einer grossen Verkehrsbelastung ist eine Begegnungszone möglich, wenn damit der Verkehrsablauf verbessert werden kann. Und dies dürfte an der Sicherternstrasse genau das Thema sein, weil es Konflikte mit Leuten gibt, deren Arbeitsweg über die Sicherternstrasse mit vielen Schülern und unnötigen Eltern-Taxis etc. führt. Der dritte mögliche Grund ist, wenn eine Gefahr nur schwer oder nicht rechtzeitig erkennbar ist. Auch dies trifft zumindest teilweise in der Kurve der Sicherternstrasse zu, da runterfahrende Verkehrsteilnehmer immer wieder zu schnell um die Kurve gefahren sind. Mit den Verkehrsteilnehmern sind nicht nur Autos, sondern auch Velofahrende gemeint. Diese müssen nun wegen der Schwelle abbremsen, was dann auch die Kurvensituation entschärft. Und als viertes Kriterium wird eine Verminderung der Umweltbelastung aufgeführt. Die erwähnten vier zwingenden Kriterien werden von der Schweizerischen Vereinigung von Verkehrsingenieuren gut zusammengefasst.

Auch gibt es Begegnungszonen verschiedener Art. Das sind nicht einfach immer nur Flanierzonen, sondern es gibt Zonen, wo die Fussgänger vor den Velofahrenden und die Velofahrenden vor dem motorisierten Verkehr ein Schutzbedürfnis haben. Diesbezügliche Massnahmen sind meist mit einer Verlangsamung oder einer Vortrittsgabe möglich. Auch in Städten mit Geschäften gibt es Begegnungszonen, wo man einkaufen, flanieren und etwas trinken kann. Auch gibt es Begegnungszonen in Wohnbereichen, wo von der Polizei und den Behörden immer wieder geschaut wird, ob dieses Gebiet die Bedingungen einer Begegnungszone wirklich noch erfüllt oder nicht. Dem Einwohnerrat ist ja eine Briefkopie des stadträtlichen Schreibens an den Verein «Liestal orientiert» zur Kenntnisnahme übermittelt worden. Die Begutachtung durch die Polizei sowie das Bewilligungsverfahren im Zusammenhang mit der Begegnungszone ist genau so abgelaufen, wie es rechtlich sein muss. Es kann natürlich sein, dass in einer Begegnungszone Nachbesserungen vorgenommen werden müssen. Bei der Begegnungszone an der Sichertstrasse war die Situation natürlich schon so, dass die Petition während der Bauzeit lanciert wurde, als noch die Lastwagen sowie Verkehrslotsen der Baustelle präsent waren, es noch viel mehr Stau gab, alles grausig ausgesehen hatte und es Banden an der Seite hatte, wo sich die Leute nicht getraut hatten, hinauszufahren. Wie vorgängig bereits erwähnt wurde, ist es nicht mehr stressig und der Verkehr ist viel flüssiger geworden, seit die Banden demontiert wurden. Aktuell läuft die Begegnungszone wirklich so, wie sie gedacht wurde. Es muss nun weiter beobachtet werden ob der Platz ausreicht und genügt, oder ob gegebenenfalls weitere Massnahmen zu treffen sind. Aber grundsätzlich wird die Begegnungszone aktuell vom Stadtrat überhaupt nicht in Frage gestellt.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation Nr. 2024-217a durch den Stadtrat.

9. Sicherheit Schulkinder auf Sicherternstrasse – Bericht Stadtrat zu Postulat «Mehr Sicherheit auf Sicherternstrasse» von Philipp Franke, Sibylle Schenker und Michael Durrer namens der Grünen Fraktion (Nr. 2023-195)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass das Eintreten unbestritten ist und sich die Postulanten nun zum stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2023-195a äussern möchten.

Sibylle Schenker (GL) dankt als Postulantin dem Stadtrat für die ausgedehnten und sorgfältigen Abklärungen sowie das aufzeigen von möglichen Lösungsvarianten. Die stadträtliche Vorlage zeigt ebenfalls auf, dass der Stadtrat die Problematik ernst nimmt und es ist wichtig, dass etwas unternommen wird. Gemäss Postulatsbeantwortung ist bereits schon einmal etwas passiert und dies muss nicht nochmals geschehen. Den Postulanten hat besonders die vierte Variante gefallen, selbst wenn diese die komplizierteste Lösung wäre und der Landerwerb zügig in Angriff genommen werden müsste. Man ist gespannt auf das weitere Vorgehen und wird der der Abschreibung des Postulates zustimmen.

Michael Durrer (GL) bedankt sich als Mitpostulant ebenfalls für die ausführliche Beantwortung des Vorstosses durch den Stadtrat. Es wird nicht einfach werden, eine gescheite Lösung zu finden, weshalb er die Problematik mit den schmalen Verhältnissen auch in den VCS hineingespielt hatte. Im Zusammenhang mit der bevorzugten Variante 4 würde es ihn interessieren, ob denn der Stadtrat bezüglich den nötigen Landabtretungen nicht einmal bei den Eigentümern anklopfen und abklären könnte, ob diese denn überhaupt etwas Land abgeben würden. Denn ohne die Bereitschaft für eine Landabtretung müsste die von ihnen bevorzugte Variante wohl gar nicht mehr weiterverfolgt werden. Auch im Nachgang zum vorgängigen Geschäft möchte er festhalten, dass die Sicherternstrasse von 1'200 Gymnasiasten sowie 300 Schülern vom Rotackerschulhaus als Schulweg dient. Und wenn man angeblich auf 500 Petenten vermehrt eingehen sollte, so müsste bei der Abwägung der Sicherheit für 1'500 Schüler doch auch klar sein, ob nun die Schüler oder die Autofahrenden, welche vielleicht einen Moment stehen bleiben müssen, zu priorisieren sind.

Peter Küng (SP) hält als Sprecher der SP-Fraktion fest, dass er den stadträtlichen Bericht ebenfalls gut und sehr ausführlich gefunden habe. Überrascht hat ihn aber schlussendlich, dass vom Stadtrat keine Aussage gemacht wird, welche Variante am Schluss umgesetzt werden wird. Der stadträtliche Bericht kommt ihm somit eher wie ein Zwischenbericht vor, denn die vom Stadtrat bevorzugte Lösung und Umsetzung derselben werden im vorliegenden Bericht nicht aufgezeigt. Seine Fraktion hat sich deshalb sogar überlegt, ob man das Postulat Nr. 2023-195 überhaupt abschreiben will oder nicht. Man möchte über die Perspektiven sowie das weitere Vorgehen und die Bekanntgabe von konkreten Terminen schon noch Genaueres erfahren, denn die Projektaufnahme in die Planung 2025 ist seiner Fraktion schon zu wenig verbindlich, um der beantragten Postulatsabschreibung zustimmen zu können.

Benjamin Erni (EVP) dankt namens der GLP/EVP-Fraktion ebenfalls für den guten Bericht und die aufgezeigten möglichen Massnahmen. Er nimmt Bezug auf das vorgängige Votum und stellt fest, dass es seiner Fraktion ähnlich ergangen ist. Welche Massnahmen können eher umgesetzt werden und welche eher weniger? Man freut sich auf eine diesbezügliche Antwort des Stadtrates und wird den Anträgen zustimmen.

Richard Gafner (FDP) schliesst sich als FDP-Fraktionssprecher den Vorrednern an und dankt dem Stadtrat für die Postulatsbeantwortung mit umfassender Auslegeordnung. Nachträglich möchte er sich an dieser Stelle auch noch für den stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2024-217a zum vorgängigen Geschäft bedanken. Der Vorlage Nr. 2023-195a kann entnommen werden, dass es sich bei der Sicherternstrasse gemäss Statistik nicht wirklich um einen Unfallschwerpunkt handelt und das bleibt hoffentlich auch so. Ein Ausbau der Strasse dürfte wohl nicht unproblematisch sein, denn damit würde man dem rollenden Verkehr wieder

Strassen- und Verkehrsflächen wegnehmen. Und so sind auch sie gespannt darauf, wie sich der Stadtrat zur konkreten Umsetzung äussern wird. Eine Tempo 30-Zone dürfte im Moment wohl die richtige Lösung sein, doch müsste dies bei einer massiven Verkehrszunahme neu beurteilt werden.

Denise Meyer (SVP) bemerkt als SVP-Fraktionssprecherin, dass man den beiden Anträgen zustimmen wird. Ihr Kind geht auch im Sichtenquartier zur Schule, muss aber dafür nicht die Sichtenstrasse benützen. Vorher hatte ihre Tochter das Mühlematt-Schulhaus besucht und sie hat schon etwas Mühe damit, dass es bei Sicherheitsfragen immer um die Verengung an der Sichtenstrasse geht. Viele andere Kinder von Liestal haben ebenfalls gefährliche Situationen auf ihrem Schulweg in eines der Schulhäuser in Liestal. Sie findet es beispielsweise auch schlimm, dass oftmals Velofahrer auf den Trottoirs unterwegs sind, aber immer die Autofahrer als grösste Problemverursacher hingestellt werden.

Stadträtin Marie-Theres Beeler äussert, dass mehrmals die Frage betreffend dem weiteren Vorgehen gestellt wurde. Vorderhand kann noch überhaupt nichts dazu gesagt werden, da das Projekt zuallererst noch im Budget 2025 eingestellt werden muss. Und erst nach den heutigen Rückmeldungen der Fraktionen weiss der Stadtrat, in welche Richtung es gehen soll. Die Kosten der verschiedenen Varianten werden im Bericht ausgewiesen, doch braucht es noch eine Priorisierung bezüglich den überhaupt machbaren und möglichen Lösungsvarianten. Und so kann der Stadtrat heute auch nicht sagen, was er schlussendlich machen wird, doch so oder so braucht es Geld dafür. Auch möchte sie festhalten, dass das Trottoir im unteren Bereich der Sichtenstrasse so nicht mehr bewilligt würde, da dieses zu wenig breit ist. Die Trottoirverbreiterung als Luxus zu bezeichnen, ist jenseits von gut und böse, zumal das Trottoir schlichtwegs zu wenig breit ist und so nicht mehr bewilligt würde, selbst wenn dieses nicht auf einem Schulweg liegen würde.

Domenic Schneider (GLP) dankt für die stadträtlichen Präzisierungen, denn diese sind für unsere weiteren Handlungen wichtig. Im Zusammenhang mit der vorgängig behandelten Interpellation sowie stadträtlichen Stellungnahme zur Petition des Vereins «Liestal orientiert» ist mehrmals festgehalten worden, dass man die Situation weiter beobachten und gegebenenfalls in einem Jahr Massnahmen in Angriff nehmen wird, sollten diese nötig sein. Er findet es ebenfalls wichtig, dass vom Stadtrat diejenigen Menschen beachtet werden, welche sich wehren und an den Stadtrat gewendet haben. Und so ist er froh über die stadträtliche Zusage, dass man im Sommer/Herbst 2025 entscheiden wird, ob vom Einwohnerrat noch finanzielle Mittel für weitere Projekte zur Verfügung zu stellen sind.

Michael Durrer (GL) nimmt Bezug auf die vorgängig gemachte Aussage seiner Fraktion, dass man die Variante 4 befürworte und stellt fest, dass dazu im Bericht Nr. 2023-195a festgehalten wird, dass mit den Planungsarbeiten noch im Jahr 2024 begonnen werden sollte, damit die Projektkosten in einem späteren Zeitpunkt beraten und beschlossen werden können. Er möchte nicht noch länger zuwarten und dann nächstes Jahr hören, dass man Vorabklärungen bereits im Jahr 2024 hätte in Angriff nehmen sollen. Und wenn man gemäss den stadträtlichen Vorabklärungen und Anfragen feststellen müsste, dass Landabtretungen indiskutabel sind, so kann man es mit der Variante 4 wohl gleich sein lassen.

Stadtrat Daniel Muri informiert darüber, dass man mit der Eigentümerschaft bereits in Kontakt ist, denn im «Schofacher»-Gebiet wird eine Ausnahmeüberbauung nach einheitlichem Plan projektiert. Die Eigentümer waren schon mehrmals in der Stadtbaukommission und in der Zwischenzeit hat der kantonale Heimatschutz Einsprache gegen das Bauvorhaben erhoben, was nun eine andere Ausgangslage für die Eigentümer ist. Es wird nun vermutlich einiges länger gehen und somit hat der Stadtrat auch etwas mehr Zeit im Zusammenhang mit den Vorabklärungen bezüglich einer allfälligen Landabtretung.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

- ://: Der stadträtliche Bericht gemäss Vorlage Nr. 2023-195a zum Postulat «Mehr Sicherheit für Schulkinder auf der Sichertornstrasse» wird einstimmig zur Kenntnis genommen.
- ://: Das Postulat Nr. 2023-195 «Mehr Sicherheit für Schulkinder auf der Sichertornstrasse» von Philipp Franke, Sibylle Schenker und Michael Durrer namens der Grünen Fraktion wird mit 29 Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen als erfüllt abgeschrieben.

10. Asylunterkunft – Interpellation «Asylunterkunft Liestal und die Sicherheitsbedenken der Bevölkerung» von Daniel Jurt der SVP-Fraktion (Nr. 2024-221)

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) hält fest, dass dieses Geschäft schon mehrmals vertagt wurde und er dieses noch behandeln möchte, obwohl es schon 20.00 Uhr ist.

Stadtrat Lukas Felix nimmt stellvertretend für Stadträtin Pascale Meschberger zu den Fragen des Interpellanten Stellung und beginnt anfangs mit einigen grundsätzlichen Bemerkungen. Eine Bundesasylunterkunft kann nicht mit einem Wohnheim für Asylsuchende verglichen werden. Dem Stadtrat ist schon bewusst, und es sind auch Fälle bekannt, was ein Bundesasylzentrum auslösen kann. So werden vom Interpellanten in seinem Vorstoss die «Fälleler» erwähnt, bei welchen es sich um einige Einzeltäter handelt, doch diese Wenigen allen Asylsuchenden schaden. Trotzdem muss man aber hinschauen und besorgt sein, dass dies im Umfeld von Bundesasylzentren verhindert werden kann. In einem Bundesasylzentrum werden Asylgesuche eingereicht und geprüft. Die Gesuchstellenden bleiben dann bis zum Entscheid vom SEM in diesen Zentren und werden danach bei einem positiven Entscheid auf die Kantone verteilt. Bei der damaligen Unterkunft in der Kaserne hatte es sich um ein provisorisches Aufnahmezentrum gehandelt, welches Schlafräume für 150 Personen hatte, keine Privatsphäre ermöglichte und auch über keine Aufenthaltsräume verfügte. So hatten sich die Asylsuchenden ohne jegliche Tagesstruktur draussen auf der Strasse aufgehalten. Im Wohnheim für Asylbewerber (WAL) leben Menschen mit vorläufigem Bleiberecht. Maximal sechs Personen wohnen in einer Wohnung mit einer eigenen Küche, mit WC/Dusche und mit einem Aufenthaltsraum. In diesen Wohngemeinschaften ist auch die Privatsphäre gewahrt und die Bewohner werden durch Sozialarbeiter betreut und begleitet. Die Bewohnenden nehmen an Tagesstrukturen und Sprachkursen teil und im Gegensatz zu den Bundesasylzentren fangen im WAL bereits die Integrationsmassnahmen an. Es handelt sich um das gleiche Setting wie vor der Sanierung des WAL, welches bereits seit 1992 in Betrieb ist. Trotz schlechten baulichen Bedingungen hat es damals keine Probleme mit den Bewohnenden gegeben. Den Kantonen und Gemeinden werden die Asylsuchenden nach einem Verteilschlüssel zugeteilt. Liestal hat während der WAL-Umbauzeit einen Aufschub bekommen und aktuell erreichen wir die Quote nicht und müssten eigentlich 70 Menschen mehr aufnehmen.

Zur 1. Frage: Der Zuweisungsstopp hat per 30. April 2024 geendet.

Zur 2. Frage: Das WAL wird vom Erlenhof geführt und das für mindestens die nächsten 3 Jahre. Ab Juli sind unbegleitete minderjährige Asylsuchende, sogenannte UMAS eingezogen. Diese sind aber in der Regel bereits einer Gemeinde zugewiesen, welche dann auch die Verantwortung für diese jungen Menschen hat. Wir werden also in der Zukunft auch wieder die Verantwortung für die Erfüllung unserer eigenen Quote übernehmen müssen. Über die Herkunftsländer der Asylsuchenden weiss die Stadt nichts. Der Bund weist die Asylsuchenden den Kantonen zu und diese werden dann nach einem Verteilschlüssel auf die Gemeinden aufgeteilt. Das ist kein Wunschkonzert.

Zur 3. Frage: Ja, es gibt natürlich ein Sicherheitskonzept. Es gelten die gleichen Sicherheitsmassnahmen wie im alten WAL, da sich diese bewährt haben. Das Konzept beruht auf einer engen Zusammenarbeit mit der Polizei und dem kantonalen Sozialamt. Mit dem Erlenhof haben wir aktuell eine anerkannte Institution, welche auch bisher schon junge Menschen in Wohngruppen begleitete. Dem Stadtrat sind wenige Probleme mit den UMAS bekannt.

Zur 4. Frage: Nein, es sind keine detaillierten Informationen an die anwohnende Bevölkerung geplant. Es war schon immer ein WAL dort gewesen und dies wird nach der 3-jährigen Bauzeit auch weiterhin so bleiben.

Daniel Jurt (SVP) dankt als Interpellant für die stadträtlichen Antworten und wünscht die Diskussion.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion bewilligt wird.

Daniel Jurt (SVP) informiert, dass er in unmittelbarer Nähe des WAL wohnt und bestätigen kann, dass es wirklich ruhig ist und ihm ist auch nichts zugetragen worden. Anscheinend geht das Konzept so auf, wie es soeben beschrieben worden ist, was ihn natürlich auch freut. Es wurden keine negativen Feststellungen gemacht und auch die Einschleich-Diebstähle in und rund um Liestal haben nichts mit dem WAL zu tun, sofern er dies beurteilen kann.

Benjamin Erni (EVP) dankt als Sprecher der GLP/EVP-Fraktion für die stadträtlichen Antworten und stellt fest, dass der Vorstoss schon mehrmals vertagt werden musste und das WAL vor einiger Zeit auch schon wieder in Betrieb genommen werden konnte. Ihn habe die Frage des Interpellanten bezüglich der Herkunft von Asylsuchenden doch als störend empfunden. Spielt es denn eine Rolle, ob Notleidende aus der Ukraine oder aus Afrika stammen? Ausser es gibt gute Gründe, weshalb bezüglich der Herkunft von Asylsuchenden Unterschiede gemacht werden sollen.

Florian Abt (SP) bemerkt als SP-Fraktionssprecher, dass er die Interpellation mit Erstaunen gelesen habe. Die Asylunterkunft ist seit 1992 am Benzburweg und im Zusammenhang mit der Vorlage Nr. 2022-105 hatte der Stadtrat dem Einwohnerrat einen Bericht und Antrag bezüglich dem Ersatzbau sowie dem Konzept unterbreitet. Damals hatte man alle relevanten Informationen erhalten. Er findet es wichtig, dass man die Anliegen der Bevölkerung zu diesem Thema ernst nimmt und es zu einem offenen Austausch kommt. Aber er findet, dass der sprachliche Stil der Interpellation, welcher hauptsächlich negativ und angstschauernd ist, nicht viel zu einem konstruktiven Umgang mit dem Thema Asylwesen beiträgt. Im Gegenteil, denn der Vorstoss schafft eine Stimmung, wo wir aktuell in England sehen, wie verheerend so etwas sein kann. Und wenn man in der vorletzten Sitzung vom Stadtrat erfahren hat, dass die Asylunterkunft von einer renommierten Institution aus dem sozialen Bereich geführt wird und hauptsächlich minderjährige Asylbewerber dort platziert werden, dann sieht man, dass sehr viele von diesen gross geschürten Ängsten dann doch unberechtigt und übertrieben gewesen sind. Und wenn wir schon immer wieder das Thema Asylwesen mit Kriminalität verknüpfen, dann sollten wir uns vielleicht auch fragen, was es für Möglichkeiten gibt, dem entgegenzuwirken. Eine Möglichkeit wäre beispielsweise eine höhere Sozialleistung im Asylbereich. Denn es gibt Studien, die belegen, dass solche zu einem signifikanten Rückgang führen würden. Und er möchte alle dazu einladen, doch einmal auf kantonaler und nationaler Ebene mit der gleichen Intensität zu diskutieren, ob es bezüglich Asylsuchenden und der Kriminalität Zusammenhänge gibt oder nicht.

Séverine Salathe (SP) nimmt Bezug auf die vorgängigen Voten und möchte einige Ausführungen noch etwas unterstreichen. Ängste, Sorgen und Fragen der Bevölkerung ernst zu nehmen, ist auch ihr wichtig. Ein friedliches Zusammenleben und die Möglichkeit der Integration sollte aber ebenso wichtig sein. Die Herkunft von Asylsuchenden zu fokussieren und sie bereits im Vorfeld zu kriminalisieren, wirkt aber allerdings in die absolut entgegengesetzte Richtung. Die Formulierungen und der Fokus der Interpellation ist sehr tendenziös, schürt Angst und Hetze. Und wo Hass hinführen kann, zeigen die aktuellen Beispiele in England. Sie bemüht sich auch in diesem Rat, sich um die Anliegen der Liestaler-Einwohnerschaft zu kümmern und sie ernst zu nehmen. Sie distanziert sich aber ganz klar davor, die Herkunft einer Person als Messwert für die Kriminalität zu nehmen. Wenn wir tatsächlich etwas an der Kriminalität ändern wollen, so müssen wir wohl eher die sozialen und finanziellen Situationen betrachten und sie auch verbessern. Und zudem ist inzwischen klar, dass das WAL eine Gruppe von UMAS aufgenommen hat, welche vom Erlenhof sehr nahe begleitet werden.

Michael Durrer (GL) unterstreicht, dass auch ihm der Text und die Formulierungen der Interpellation nicht gefallen haben. Vom Interpellanten ist aber heute nach der stadträtlichen Beantwortung festgehalten worden, dass das WAL gut funktioniere. Deshalb möchte er doch auch etwas die Lanze für den Interpellanten brechen, denn dieser hat trotz missfallenden Formulierungen und Aussagen in seinem Vorstoss mit seiner Antwort doch auch Grösse bewiesen. Und wichtig ist es nun doch, dass die Leute draussen jetzt wissen, dass die Ängste im

Zusammenhang mit dem WAL unberechtigt sind und es keine Vorfälle gab. Er teilt ja sonst schon die Haltung der beiden Vorredner und wollte diese nun nicht auch noch mehr unterstreichen, sondern eher dem Interpellanten noch Danke für seine heutige Rückmeldung sagen.

Vreni Wunderlin (GLP) meint, dass die Stadt Liestal im Moment im Zusammenhang mit dem WAL eine Winwin-Situation hat und es toll ist, dass man den Erlenhof für die UMAS-Betreuung gewinnen konnte. Die Stadt Liestal bekommt eine gute Miete und die Betreuung durch den Erlenhof ist professionell.

Daniel Jurt (SVP) wehrt sich als Interpellant dagegen, dass er mit seinem Vorstoss angeblich irgendwelche Situationen wie im Moment in England schaffen würde, denn solche Vorwürfe sind dann schon etwas starker Tabak. Er selber arbeitet auch mit Asylbewerbern zusammen und hört von diesen manchmal auch sehr kritische Stimmen gegenüber ihren eigenen Landsleuten, welche sich nicht an die Regeln halten. Er ist froh darüber, dass alle seine Fragen mit der dargestellten jetzigen Situation nichtig gemacht werden. Und wenn bei ihm als Einwohnerrat und Volksvertreter von 2, 3 oder 4 Leuten Fragen deponiert werden, so kann er ja nicht sagen, dass er diese nicht in den Einwohnerrat bringen kann, weil es dann dort eine schlechte Stimmung geben könnte. Er möchte die Diskussion nicht verlängern und wünscht seinerseits allen einen schönen Abend. Dies mit der Schlussanmerkung, dass er nicht der Rassist und Kriegstreiber ist, wie es vielleicht viele meinen.

Séverine Salathe (SP) möchte kurz auf das Votum des Interpellanten eingehen und betonen, dass die Sprache sehr viel Macht hat und solche Fragen, wie sie vom Interpellanten gestellt wurden, auch eine Aussenwirkung haben.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation Nr. 2024-221 durch den Stadtrat.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 45 des Geschäftsreglements am Schluss der Versammlung noch mündlich begründen können.

Er stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 20.15 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Ratspräsident

Thomas Eugster

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann